

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB zu Ozonzerstörung und Erderwärmung: Die globale Bedrohung meistern.

Seite 1

Gerd Walter MdEP und Dieter Schinzel MdEP zur Nahostpolitik der EG: Für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintreten.

Seite 4

Robert Leidinger MdB zum Festhalten der Hardthöhe an der Wehrdienstverlängerung: Personalplanung auf der Basis einer defensiven Wehrstruktur vornehmen.

Seite 5

Dokumentation
Der Ehrenvorsitzende der SPD Willy Brandt und der SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel haben dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow nach dessen Rede vor den Vereinten Nationen einen Brief geschrieben.
Wortlaut

Seite 6

43. Jahrgang / 237

12. Dezember 1988

Die globale Bedrohung meistern

8 Thesen zu Ozonzerstörung und Erderwärmung

Von Michael Müller MdB

Obmann in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

1. Die Lufthülle der Erde ist durch menschliches Handeln ernsthaft bedroht.

Der 1. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ hat deutlich belegt, daß die Lufthülle um die Erde bedenklich labiler geworden ist. Dieser Prozeß schreitet schiebend voran und gefährdet das Klima, die natürlichen Lebensbedingungen und die Menschen selbst.

Die Bedrohung besteht in zweifacher Hinsicht:

- o In der Stratosphäre, dem Höhenbereich zwischen 15 und 50 Kilometern, schwindet weltweit die schützende Ozonschicht, besonders dramatisch in den antarktischen Breiten. Zusätzlich ändert sich die natürliche Temperaturverteilung in den oberen Ozonschichten.
- o In der Troposphäre, dem Höhenbereich bei circa zehn Kilometern, ist eine Zunahme des Treibhauseffektes und damit der Erwärmung der Erde zu verzeichnen. Gegenüber dem vorindustriellen Wert ist bereits ein gemittelter Anstieg von 0,7 Grad Celsius zu verzeichnen. Seit der Weltklimatagung von Villach 1987 gehen die Klimaforscher davon aus, daß bei einem anhaltenden Trend der Emission klimaschädlicher Gase eine Temperaturerhöhung um + 6 Grad Celsius \pm 3 Grad Celsius zu erwarten ist. Es bedarf größter Anstrengungen, die Erderwärmung in „tolerablen“ Grenzen zu halten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kempenberger Dringery
mit einem Korbhafter
Kernlose-Papier



2. Ozonadünnung und Erderwärmung sind eine neue Dimension globaler Umweltzerstörung

Die Weltklimakonferenz von Toronto im Sommer 1988 hat die Gefahren, die sich aus der Zerstörung der Erdatmosphäre ergeben, mit den Verwüstungen verglichen, die sich nach menschlichen Vorstellungen nur mit den Folgen einer atomaren Vernichtung verbinden. Diese Gefahren sind noch wenig greifbar, aber doch real. Die prognostizierten Verschiebungen in den Klimaparametern und der Verlust des Sonnenschutzes sind schleichende und nach menschlichen Zeiträumen nahezu irreversible Vorgänge. Als Schadenauswirkung sind zu erwarten:

- Die Verwandlung fruchtbarer Flußdeltas in unfruchtbare Salzgebiete;
- die Norderweiterung von Wüsten um Hunderte von Kilometern;
- eine Zunahme von Wetteranomalien (sintflutartige Regenfälle, Hitzewellen, Dürreperioden);
- Verschiebungen in der Verteilung der Regenfälle;
- katastrophale Überschwemmungen;
- Völkerwanderungen;
- Schädigungen an Pflanzenwachstum und Meeresbiologie;
- Zunahme von Krankheiten (Krebs, Immunschäden, Augenkrankheiten).

3. Die Zerstörung der Erdatmosphäre macht die Einheit und Zerbrechlichkeit der Erde deutlich

Die Menschheit befindet sich in einer ökologischen Schlüsselsituation. Mit der Zerstörung der Erdatmosphäre ist die Umweltzerstörung global geworden. Die Auswirkungen zeigen sich bereits heute in den Ländern tropischer Breiten zum Beispiel an der Zunahme von Wirbelstürmen, Dürrezeiten, Meereseiswärmungen und sintflutartigen Regenfällen. Auf Dauer wird sich kein Land der Erde den Gefahren entziehen können.

Bereits bei einem Anstieg von mehr als + 2 Grad Celsius wären die Konsequenzen wahrscheinlich katastrophal. Die Schreckensprognosen der Klimaforscher von + 6 Grad Celsius bedeutet eine künstliche Temperaturenerwärmung, die bekannte Schwankungsbreite der Erdgeschichte zwischen 10 Grad Celsius (Eiszeit) und 16 Grad Celsius (Warmzeiten) übersteigt. Heute beträgt die Durchschnittstemperatur rund 15 Grad Celsius.

4. Die Hauptverantwortung für die Abwendung einer Klimakatastrophe liegt bei den Industrieländern

Heute lebt rund 1/4 der Menschheit unter entwickelten Industriestrukturen. Diese relativ wenigen Länder haben jedoch einen Anteil von über 70 Prozent am weltweiten Energie- und Rohstoffverbrauch. Sie produzieren und verbrauchen in besonderem Maße auf Kosten der übrigen Welt, der Natur und der Zukunft.

Das weiterhin explosive Bevölkerungswachstum und eine drastische Weltwirtschaftsordnung verschärfen die Rahmenbedingungen weiter. Die Probleme sind nur dann in den Griff zu bekommen, wenn

- die Industrieländer ihren Verbrauch an Rohstoffen und Energie sowie ihre umweltschädlichen Produktionsweisen umfassend reduzieren,
- die Industrieländer neue umweltverträgliche Techniksysteme und Produktionsweisen entwickeln und diese auch den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen,
- die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so umgestaltet werden, daß eine dauerhafte und umweltverträgliche Entwicklung möglich wird.

Die Erde muß als Einheit gesehen werden.

5. Es muß jetzt gehandelt werden, jedes Abwarten vergrößert die Probleme rapide

Auch wenn manche Fragen, zum Beispiel die Wechselbeziehungen zwischen Atmosphäre, Ozonen und Sedimenten, noch nicht endgültig geklärt sind, so sind die bereits heute erkennbaren Zusammenhänge ausreichend, um schnell und vorsorgend handeln zu müssen. Nach den Einschätzungen

der Klimaexperten entscheiden die nächsten zehn Jahre darüber, ob die Menschheit die notwendigen Kurskorrekturen durchsetzen kann.

Dazu gehören beispielsweise:

- Bis 1995 müssen die Produktion und die Verwendung von FCKW und Halonen nahezu beendet werden.
- Bis 2030 muß nach Auffassung der Weltklimakonferenz von Toronto der Energieverbrauch in den Industrieländern um 50 Prozent verringert werden, viele Wissenschaftler fordern sogar eine Reduktion um 80 Prozent für diesen Zeitraum.

6. Die Verhinderung der Klimakatastrophe erfordert gewaltige industriepolitische Anstrengungen und eine Ökologisierung der Produktion

Die klima- und ozonschädlichen Emissionen entstehen vor allem auf den Feldern, die Gegenstand innenpolitischer Konflikte sind:

- Energiepolitik,
- Chemieeinsatz,
- Verkehrssektor,
- Landwirtschaft und
- Technikentwicklung.

Auf diesen Feldern muß eine ökologische Modernisierung durchgesetzt werden.

Zentrale Ziele dafür sind Ressourcenschonung, Umweltverträglichkeit, Risikominierung und Fehlerfreundlichkeit.

Generell stellt sich mit der Klimaproblematik die Frage, ob die Gesellschaften die Dynamik und Komplexität der Industrialisierungsprozesse noch beherrschen. Insofern kann es nicht nur um Korrekturen auf Einzelfeldern gehen, zugleich muß eine grundsätzliche Ökologisierung von Produktion und Lebensweisen erreicht werden. Dies erfordert neue qualitative Bewertungsmaßstäbe und eine Ausweitung demokratischer Einfluß- und Gestaltungschancen.

7. Die Atomenergie ist kein Ausweg

Im Zentrum der öffentlichen Debatte über die Klimafragen steht der Energieeinsatz, weil die steigende Kohlendioxid-Konzentration aus der Verbrennung fossiler Energieträger einen Anteil von rund 50 Prozent am zusätzlichen Treibhauspotential hat.

Von konservativer Seite wird dies dafür genutzt, um erneut den Ausbau der Atomenergie zu propagieren. Es kann aber kein Ausweg sein, das eine Risiko (Klimakatastrophe) durch ein anderes Risiko (hochriskanter Ausbau der Atomenergie) zu ersetzen.

Neben den bekannten Gründen (fehlende Entsorgung/Sicherheitsrisiken et cetera) kann diese Forderung auch aus finanziellen, energiewirtschaftlichen und zeitlichen Gründen nicht überzeugen:

- Investitionen in die Energieeinsparung sind deutlich effektiver als der Ausbau der Atomenergie.
- Die Atomenergie bleibt auf der Angebotsseite, tatsächlich liegen die gewaltigen Potentiale für eine „Effizienzrevolution“ und damit zur Reduzierung des CO₂-Gehalts auf der Nachfrage- und Geräteseite.
- Der weitweite Anteil der Atomenergie an der Primärenergie beträgt fünf Prozent. Für den notwendigen „Umbauzeitraum“ könnten die technischen, ökonomischen und fachlichen Potentiale gar nicht mobilisiert werden.

8. Eine neue Qualität der Herausforderungen macht auch eine neue Qualität in der Politik erforderlich

Die Gefahren aus der Zerstörung der Erdatmosphäre erfordern nicht nur eine konsequente Politik der ökologischen Modernisierung, sondern auch einen neuen politischen Umgang miteinander.

Bei dieser globalen Bedrohung muß kurzfristiges Interessendenken ebenso überwunden werden wie ein ausgrenzender Politikstil kurzfristiger Profilierungsversuche.

Die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ war nur deshalb zu großer Gemeinsamkeit und zu weitgehenden Empfehlungen fähig, weil sie sich in den Beratungen der Tragweite des Problems und ihrer politischen Verantwortung bewußt wurde.

(-/12.12.1988/rs/ks)

Für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintreten

EG muß im Nahen Osten eine aktive Rolle übernehmen

Von Gerd Walter MdEP

Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl 1989 und

Dieter Schinzel MdEP

Vorsitzender der euro-arabischen Parlamentariergruppe des EP und

Vizepräsident der Deutsch-arabischen Gesellschaft

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft müssen im Nahen Osten eine aktive Rolle übernehmen. Ziel der Aktivitäten der EG muß sein, daß die Besetzung der palästinensischen Gebiete beendet wird und das palästinensische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat verwirklichen kann.

Diese Forderungen sind in dieser Woche Kernpunkte eines Dringlichkeitsantrages der Sozialistischer Fraktion im Europäischen Parlament. Dazu gehört auch ein Appell an die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten, die PLO als palästinensische Exilregierung anzuerkennen. Außerdem sollen sie den Vorschlag des Palästinensischen Nationalrats unterstützen, die besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems unter die Verantwortung der Vereinten Nationen zu stellen. Auf diese Weise soll die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet und eine gute Atmosphäre für eine internationale Konferenz erzeugt werden.

Unsere Forderungen richten sich allerdings auch an die Palästinenser. Für uns ist es wichtig, daß alle Teile des Palästinensischen Nationalrats sich vom Terrorismus distanzieren. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nachdem dies bereits in der Erklärung von Algier erfolgt ist. Aber restlose Klarheit ist geboten. Zugleich appellieren die EP-Sozialisten an die Regierung Israels, jede Gewaltanwendung und Provokation in den besetzten Gebieten zu unterlassen und sich strikt an die Normen der Genfer Konvention zu halten. Jede Lösung muß nach unserer Auffassung sowohl einen Staat für die Palästinenser wie eine Garantie für Israel beinhalten, in gesicherten, international anerkannten Grenzen zu existieren.

Die internationale Staatengemeinschaft wird aufgefordert, eine internationale Friedenskonferenz unter der Verantwortung der Vereinten Nationen zu befürworten. Eine solche Konferenz erscheint uns der geeignete Rahmen für die notwendigen direkten Verhandlungen der Betroffenen zu sein. Deshalb hoffen wir, daß Israel jetzt endlich von seiner ablehnenden Haltung abgeht und die Ergebnisse des Nationalrats von Algier als konstruktive Verhandlungsbasis ansieht. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, daß alle Betroffenen ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

An die neue US-Administration ergeht die Aufforderung, ihr Verhältnis zu den Palästinensern und deren Organisationen neu zu gestalten und Gespräche mit ihnen aufzunehmen. Die Sowjetunion und China werden aufgefordert, ihr Verhältnis zu Israel zu normalisieren.

./-12.12.1988/rs/ks

* * *

Personalplanung auf der Basis einer defensiven Wehrstruktur vornehmen

Zum Festhalten der Hardthöhe an der Wehrdienstverlängerung

Von Robert Leidinger MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Frieden und Sicherheit (AFuS) der bayerischen SPD

Die Planer der Hardthöhe wollen nach wie vor aus dem Vollen schöpfen. Dabei nehmen sie keine Rücksichten, vielmehr wird ein egoistisches Maß an Eigeninteresse sichtbar, das so nicht hingenommen werden kann. Gleichzeitig werden aber lautstark die geradezu dramatischen Akzeptanzverluste der Streitkräfte vor dem Hintergrund einer schwindenden Bedrohungseinschätzung beklagt. Von der geringen und weiter abnehmenden Attraktivität der Bundeswehr gar nicht zu reden.

Anstatt daraus ein zielgerechtes Handeln auf realistischer Grundlage abzuleiten, wird an völlig überzogenen, längst überholten und zum Motivations- und Akzeptanzverlust beitragenden Forderungen festgehalten. Nach der Devise: Wehret den Anfängen. Dabei wird, wenn nichts mehr hilft, alles mit dem Argument plattgewalzt, dies erfordere der Auftrag.

Dies galt und gilt in besonderer Weise für die Umfangszahlen der Streitkräfte, das Reservistenkonzept, die wieder ausgebliebene gesetzliche Dienstzeitregelung, die Durchsetzung großwahnsinniger und jeden Finanzrahmen sprengender Prestigeobjekte wie des Jäger 90 oder die Tiefflugproblematik. Mein Eindruck: Erst, wenn die Entscheidungen überfällig oder der öffentliche und politische Druck zu groß werden, bewegt sich der Minister. Häufig noch gebremst durch die Militärs, meist verspätet den Entwicklungen hinterherlaufend und dabei oft halbherzig. Dies schadet der Bundeswehr. Die Probleme der Streitkräfte werden nicht gelöst sondern aufgehäuft. Die negativen Folgen zeigen sich immer deutlicher.

Ein besonders krasse Beispiel dafür ist die Absicht des Bundesministeriums der Verteidigung an der völlig unnötigen Wehrpflichtverlängerung festzuhalten. Ohne jede Rücksichtnahme auf die Lage junger Menschen wird gezielt eine planerische „Verfügungsmasse“ an Wehrpflichtigen aufgebaut. Diese riesige Bugwelle soll den „Dampfer Bundeswehr“ durch die seichten Gewässer zukünftiger geburtenschwacher Jahrgänge schaukeln. Die SPD fordert den Verzicht auf die Wehrpflichtverlängerung seit 1985. Wir Sozialdemokraten haben recht. Dies zeigt sich jetzt in gravierender Deutlichkeit.

Die menschenverachtenden Zahlenspiele der Militärplaner auf der Hardthöhe müssen politisch verhindert werden. Es wäre ein Skandal ersten Ranges, würden die Koalitionsparteien an ihren Beschlüssen festhalten. 500.000 junge Wehrpflichtige im künstlichen „Stau“ der Bundeswehrplanung bis Mitte der 90er Jahre - eine neue Qualität im Umgang des Verteidigungsministers mit der Gesellschaft. Diese Planungen sind aus Gründen der Wehrgerechtigkeit empörend, gesellschaftspolitisch unverantwortlich und geradezu tödlich für notwendige Motivation und die Akzeptanz unserer Streitkräfte in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen. Wir Sozialdemokraten werden alles tun, um die geplante Verlängerung des Grundwehrdienstes rückgängig zu machen.

Unsere Forderungen sind klar: Weg mit utopischen Phantaseplanungen auf den überholten Grundlagen einer überzogenen Darstellung der Bedrohung. Hin zu einer zukunftsorientierten, bedrohungsgerechten neuen defensiven Wehrstruktur. Auf dieser Struktur aufbauend, die ressourcenbezogen und zivilisationsverträglich sein muß, sind die Konzeptionen zu entwickeln, mit denen die Bundeswehr zukünftig ihren Verteidigungsauftrag glaubwürdig erfüllen kann. Ziel ist eine gesteigerte Effizienz bei deutlich reduziertem Umfang. Eine Verlängerung der Wehrpflicht hat in diesem Konzept nichts zu suchen, sie ist schlicht überflüssig.

(-/12.12.1988/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Eine Entscheidung, die Hoffnung und Ermutigung bedeutet

Der Ehrenvorsitzende der SPD Willy Brandt und der SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel haben dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow nach dessen Rede vor den Vereinten Nationen folgenden Brief geschrieben.

„Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

es ist nicht üblich, Ihnen wegen einer Rede - und zu einem Zeitpunkt, da Sie durch eine schreckliche Naturkatastrophe in Anspruch genommen sind - zu schreiben. Die Rede, die Sie am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gehalten und die Entscheidung über die Reduzierung konventioneller Truppenstärken, die Sie bei dieser Gelegenheit bekanntgegeben haben, fallen jedoch in einer ebenfalls unüblichen Weise aus dem Rahmen des Herkömmlichen heraus. Diese Entscheidung bedeutet für viele Menschen in unserem Land Hoffnung und Ermutigung. Hoffnung darauf, daß in überschaubarer Zeit für Europa ein unzerbrechbarer Friede erreicht werden kann, der ein sicheres Fundament für das Europäische Haus darstellt. Ermutigung, weil Ihr Vorangehen in der Abrüstung eine ansteckende Wirkung auf die Politik insgesamt nicht verfehlen wird. Dafür möchten wir Ihnen danken.

Ihr einseitiger Schritt läßt die Verteidigungsfähigkeit und damit die militärische Sicherheit Ihres Landes unberührt. Er stärkt sie vielmehr politisch, weil er ein Beispiel dafür setzt, daß mit Abrüstung beginnen kann, wer wirklich Abrüstung will. Mit diesem Schritt tritt die Vorstellung, es sei möglich, einen Zustand beiderseitiger Angriffsunfähigkeit zu schaffen, aus dem Bereich des Denkbaren und Wünschbaren in den Bereich dessen, was Wirklichkeit werden kann.

Wir werden dafür eintreten, daß die Atlantische Allianz Ihnen eine konstruktive Antwort gibt. Eine Antwort, die Kräfte freierwerden läßt für die Bewältigung der globalen Aufgaben, von deren Lösung das Überleben der Menschheit abhängt.

Mit den besten Wünschen für Ihre weitere Arbeit.

Hans-Jochen Vogel Willy Brandt“

(-/12.12.1988/rs/ks)

* * *